

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dieter Spöri MdL zu Anspruch und Wirklichkeit der Politik von Lothar Späth: Das „Cleverle“ als „Retterle“?

Seite 1

Konrad Gilges MdB zum neuen Liederbuch der Bundeswehr: „Deutschland, Deutschland über alles“.

Seite 3

Florian Gerster MdB zum Erfordernis, ein neues Verteidigungskonzept zu entwickeln: 12 Thesen zum militärischen Tiefflug.

Seite 4

44. Jahrgang / B1

27. April 1989

Das „Cleverle“ als „Retterle“? (Teil I)

Zu Anspruch und Wirklichkeit der Politik von Lothar Späth

Von Dieter Spöri MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Lothar Späth wird gegenwärtig bundesweit als Reservekanzler Nr. 1 gehandelt. Kann das „Cleverle“ zum „Retterle“ der Bonner Koalition werden? Die Frage ist, inwieweit die landespolitischen Leistungen Späths im strukturell begünstigten Baden-Württemberg diesen Hoffnungen gerecht werden.

Die Regierung Späth hat in ihrer elfjährigen Amtszeit ohne Zweifel landespolitische Leistungen vorzuweisen. Dies gilt zum Beispiel für den Ansatz des Technologietransfers, der Stadterneuerung und der Dorfsanierung. Die Politik der CDU-Landesregierung in der zehnten Legislaturperiode des baden-württembergischen Landtags ist jedoch - trotz weiterer personeller Aufblähung - durch Sprunghaftigkeit, zunehmende Konzeptionslosigkeit und Entscheidungsschwäche gekennzeichnet. Statt ihre Hausaufgaben zu machen, beschäftigt sie sich immer stärker mit unnötigen, künstlich geschaffenen Problemen.

Anhand von zehn Feldern der Landespolitik läßt sich beispielhaft belegen, daß statt seriöser und berechenbarer politischer Planung immer mehr Zickzackbewegungen, Halbherzigkeit und Widersprüche dominieren, wodurch wichtige Zukunftsaufgaben und -projekte vernachlässigt werden oder scheitern.

Bundesratspolitik

Unterstützenswerter Aktivposten der Politik der Regierung Späth in diesem ersten Jahr nach der Landtagswahl 1988 könnte ohne Zweifel die permanente Kritik und öffentliche Distanz zu Fehlentscheidungen der Regierung Kohl auf Bundesebene sein. Diese Distanz erklärt übrigens die hervorragenden Umfragewerte von Späth. Bedauerlich ist nur, daß die Regierung Späth im Bundesrat allen Ungerechtigkeiten und Fehlern der Regierung Kohl von der Steuerreform, über Quellensteuer, Gesundheitsreform und Wehrdienstverlängerung bis zum Flugbenzinskandal stets verlässlich zugestimmt hat. Der Aufstand von Ministerpräsident Späth gegen die Bonner Politik fand immer nur in den Medien statt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

350g/1000g
100% recyceltes
Papier



Dieses doppelte Spiel zur Eigenprofilierung ist übrigens eine entscheidende Ursache für den galoppierenden bundesweiten Niedergang der CDU.

Umwelt und Wirtschaft

Die Regierung Späth hat Baden-Württemberg als führendes Industrie- und High-Tech-Land in einen Sondermüll-Notstand hineinmanövriert, der die wirtschaftliche Standortattraktivität des Landes massiv gefährdet. Auch in dieser Legislaturperiode wird den baden-württembergischen Unternehmen insofern keine Lösungsperspektive für die 90er Jahre angeboten.

Was bleibt, ist der Müllexport, wozu der Ministerpräsident sich ausschweigt. Die als Zwischenlösung von der SPD vorgeschlagenen Hochsicherheitsdeponien an vorhandenen Deponiestandorten wurden abgelehnt.

Nicht nur bei der Müllbeseitigung fehlen die politischen Rahmenbedingungen für eine naturverträgliche Industriegesellschaft. Auch die Vorschläge der SPD zum Einstieg in die ökologische Marktwirtschaft über ein System von Schadstoffabgaben wurden alternativlos abgeblockt. Öko-Abgaben finden nur in Interviews des Ministerpräsidenten statt.

Wohnungsbau

Der Zickzackkurs und folgenlose Ankündigungen in der Wohnungsbaupolitik der Landesregierung können die sich verschärfenden Engpässe am baden-württembergischen Wohnungsmarkt nicht beheben. Bis vor wenigen Wochen hat sich Ministerpräsident Späth auf Landes- und Bundesebene als ideologischer Chefagitator gegen den sozialen Mietwohnungsbau gebärdet - mit der Folge einer völligen Blockade des allgemeinen sozialen Mietwohnungsbaus seit 1986 im Lande. Dabei wurde von Ministerpräsident Späth hartnäckig bestritten, daß es in Baden-Württemberg überhaupt Wohnungsnot gibt.

Die nach einem erneuten wohnungsbaupolitischen Kurswechsel jetzt auf Landesebene aufgelegten Programme stopfen mit weniger als 3.000 neuen Sozialmietwohnungen nicht einmal die neuen Lücken am baden-württembergischen Wohnungsmarkt. Das SPD-Wohnungsbauprogramm zum Bau von 12.000 Sozialmietwohnungen als wirksamere Alternative wurde abgelehnt. Das von Ministerpräsident Späth mit großem Trommelwirbel angekündigte „Drei-Säulen-Programm“ für 300.000 neue Wohnungen auf Bundesebene ist über das Stadium der Pressemitteilung nicht hinausgekommen.

Schulpolitik

Das Klima an den baden-württembergischen Schulen war noch nie so schlecht wie in dieser Legislaturperiode. Auch an den Schulen wurden die beschäftigungspolitischen Prämissen des Lohnopfers im öffentlichen Dienst nicht umgesetzt.

Eine ernsthafte Lösung des zentralen schulpolitischen Problems, die Erosion der Hauptschule, wurde wieder einmal auf die lange Bank geschoben. Die dringliche Frage der Aufwertung der Hauptschule wurde durch die Landesregierung nicht entschieden, sondern durch eine bunte Vielfalt von Modellversuchen vertagt. Sämtliche Modelle der Landesregierung werden übrigens noch zu einer verstärkten Herausbildung einer „Restschule“ führen. Die SPD fordert hier weiter eine eindeutige schulpolitische Weichenstellung in Form eines zehnten Pflichtschuljahres. (-/27.4.1989/vo-he/rs)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

* * *

„Deutschland, Deutschland über alles“

Zum neuen Liederbuch der Bundeswehr

Von Konrad Gilges MdB

Mit einem lustigen Lied auf den Lippen läßt sich auch ein achtzehnmonatiger Wehrdienst ertragen. Dies könnte das Motto des Führungsstabes der Streitkräfte bei der Zusammenstellung des neuen Liederbuchs für die Bundeswehr gewesen sein. Doch so lustig ist das gar nicht, was einem auf über 120 Seiten begegnet. Eingeleitet wird das Werk mit dem „Lied der Deutschen“ und wohlgernekt in allen drei Strophen. Dann heißt es beim Marschieren: „Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt: Deutschland, Deutschland, über alles, über alles in der Welt“. In Zeiten einer neuen Entspannungsphase, Abrüstung und der Forderung nach einem gemeinamen „europäischen Haus“ dürfte dieser Einstieg nicht gerade auf die Gegenliebe unserer Nachbarn in Ost und West treffen.

Siebzehn neue Lieder sollen demnächst den Soldaten auf dem Marsch durchs Feld oder am Lagerfeuer begleiten, 117 fröhliche Weisen wurden aus dem alten Liederbuch übernommen. Anscheinend waren einige Kriterien für das der Bundeswehr angemessene Liedgut nicht gerade friedliebender Art. Da stürzt „Der mächtigste König im Luftrevier“ auf einen hiernieder: „Die Vöglein erzittern, vernehmen sie nur sein rauschendes Flügelpaar. Wenn der Löwe in der Wüste brüllt, dann erzittert das tierische Heer, ja, wir sind die Herren der Welt, die Könige auf dem Meer. Tirallala, tirallala...“ Dies ist zwar eine Melodie aus dem Jahre 1927 und da liegt die Frage nahe, ob die Rezensenten bei der Durchsicht des Textes unwillkürlich an die Tieffluggeschädigten in unserem Land gedacht haben sollen?

Auch bei der Aufnahme weiterer Lieder waren die Maßstäbe doch recht vielseitig. Im Gleichklang mit den österreichischen Soldaten werden wir auch „Im Sturme schwerer Zeiten“ die Panzer in die richtige Richtung lenken: „Und sollt' es einer wagen; es wäre doch gelacht, / mit Panzern uns vorjagen, wir schießen, daß es kracht. / Der Frühling kommt ins Land, mit ihm die schönste Zeit. Horch auf du Panzerjäger, steh fest und sei bereit.“

An den doch recht einsamen Alltag der Soldaten hat der Führungsstab der Streitkräfte auch gedacht. Mit der Melodie: „Es hatt' ein Bauer ein schönes Weib“ läßt sich auch die kälteste Nacht im Manöver ertragen: „Da kommt geschlichen ein Reitersknecht zum jungen Weibe herein, und sie umfängt gar freundlich ihn, gab stracks ihren Willen darein. „Mein Mann ist gefahren ins Heu!...“ Er faßte sie um ihr Gürtelband und schwang sie wohl hin und her; der Mann, der hinter der Haustür stand, ganz zornig trat er herfür: „Ich bin nicht gefahren ins Heu...“

Ob Frau Lehr zusammen mit Herrn Kohl den Ohrwurm in der nächsten Kabinettsitzung anstimmen wird, bleibt dahin gestellt. Der neue Verteidigungsminister wird mit Sicherheit ein weiteres Exemplar des neuen Liederbuches zur Verfügung stellen. Und nur Böswillige werden behaupten, daß das Zitat von Friedrich dem Großen, welches dem Liederbuch vorangestellt ist, für Helmut Kohl die neue Richtung nach der „bedeutendsten Kabinettsreform“ vorgeben soll: „Es darf nicht Trübsal geblasen werden, ... es muß gesungen werden!“
(—/27.4.1989/rs/fr)

12 Thesen zum militärischen Tiefflug

Zum Erfordernis, ein neues Verteidigungskonzept zu entwickeln

Von Florian Gerster MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

I.

Der Luftraum über der Bundesrepublik Deutschland ist freigegeben für den militärischen Tiefflug, bis auf die Ausnahmen:

- Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern,
- Territorium in Grenznähe zur DDR, CSSR und zu neutralen Staaten,
- Kernkraftwerke.

II.

Tiefflug von Militärmaschinen sind Flugbewegungen unterhalb von 450 Metern über Grund. Tiefflug in Höhe von 30 Metern wird außerhalb der Landesgrenzen - vor allem in Kanada - geübt. In sieben „Areas“ über dem Bundesgebiet dürfen Militärmaschinen bis auf 75 Meter über Grund heruntergehen. Gegen die Neuverteilung dieser „Tiefstfluggebiete“ wehren sich die bisher verschonten Bundesländer. Im restlichen Bundesgebiet gilt die Mindestflughöhe von 150 Metern.

III.

Gemäß NATO-Truppenstatut und Zusatzabkommen haben die alliierten Streitkräfte in der Bundesrepublik das Recht, Übungen durchzuführen, die zur Aufrechterhaltung ihrer Verteidigungsbereitschaft notwendig sind. Das Tiefflugaufkommen von Bundesluftwaffe und alliierten Luftstreitkräften über dem Bundesgebiet hat sich wie folgt entwickelt:

	1980	1986
Bundeswehr	45.000 Stunden	24.000 Stunden
Verbündete	43.000 Stunden	44.000 Stunden

Eine drastische Reduzierung von deutschen Tiefflugstunden steht einem leicht gestiegenen Aufkommen der Alliierten gegenüber.

IV.

Im Verhältnis zu Siedlungsdichte und Industrialisierungsgrad hat die Bundesrepublik Deutschland ein im internationalen Vergleich ungewöhnlich hohes Maß an Verteidigungslasten zu tragen. Auf schmalem Raum sind rund 900.000 Soldaten stationiert. Allein das Bundesland Rheinland-Pfalz hat in seinen Landesgrenzen atomare und chemische Waffenlager, die größten Garnisonen von Bundeswehr und US-Streitkräften, acht NATO-Flugplätze und mehrere Truppenübungsplätze aufzuweisen. Manöver der Landstreitkräfte und Übungen der Luftstreitkräfte belasten in ständiger Folge Mensch und Natur.

V.

Tiefflug ist gefährlich. Spektakuläre Abstürze von tieffliegenden Militärmaschinen über dichtbesiedeltem Gebiet haben der Bevölkerung die ständige Lebensgefahr für Unbeteiligte bewußt gemacht.

VI.

Tiefflug beeinträchtigt Wohlbefinden und Gesundheit. In 75-Meter-Tieffluggebieten haben Wissenschaftler die schädigende Wirkung des Lärms von tieffliegenden Strahlflugzeugen nachgewiesen. In besonders belasteten Regionen sind 50 bis 100 Übungsflüge von Militärmaschinen in niedriger

Flughöhe gerade an einem Tag mit schönem, warmem Wetter keine Seltenheit. Der Aufenthalt im Freien wird nahezu unmöglich. Kinder, Kranke und alte Menschen leiden unter Tiefflug besonders.

VII.

Die militärische Notwendigkeit des Tiefflugs wird mit der Überlegenheit sowjetischer Landstreitkräfte begründet, der das westliche Bündnis im Verteidigungsfall mit dem frühen Eindringen der alliierten Luftstreitkräfte begegnen müsse. Die qualitative westliche Luftüberlegenheit könne nur durch ständiges Training aufrechterhalten werden. Dabei sei das Unterfliegen des gegnerischen Radars in „Baumwipfelhöhe“ von entscheidender Bedeutung.

VIII.

Da Tiefflug im Ernstfall über gegnerischem Territorium stattfinden würde, weisen Tiefflugeinsätze über kanadischen Wäldern für den Ausbildungszweck wenig Nachteile auf gegenüber dem Tiefflug über dem Bundesgebiet. Solange das von der SPD geforderte Verteidigungskonzept ohne Tiefflug nicht vorliegt, sollte deshalb das Tiefflug-Training gänzlich über menschenleeres ausländisches Territorium oder - vor allem Luftkampfübungen - über See verlegt werden. Belastungen für die fliegende Truppe müssen durch soziale Maßnahmen gemildert werden.

IX.

Im Zuge der west-östlichen Verhandlungen zu Abrüstung und Rüstungskontrolle muß der Westen Initiativen zur Reform von Streitkräftestruktur und Militärstrategie mit dem Ziel rein defensiver Verteidigungsmaßnahmen im Rahmen gemeinsamer Sicherheit ergreifen. Im Zuge von Verhandlungsergebnissen und ihrer Umsetzung muß das westliche Bündnis auf offensive Elemente seiner defensiven Militärstrategie verzichten. Das gilt für die Bereitschaft zum Ersteinsatz von Atomwaffen im Verteidigungsfall ebenso wie für die Bemühungen um qualitative Luftüberlegenheit, auch durch Tiefflugtraining.

X.

Die SPD hat auf dem Bundesparteitag in Nürnberg 1986 auf der Grundlage eines Antrages aus Rheinland-Pfalz beschlossen:

- 300 Meter Mindestflughöhe,
- Verbot von Luftkampfübungen über bewohntem Gebiet,
- Drastische Reduzierung des Tiefflugaufkommens.

Die „Nürnberger Linie“ der SPD führte zwar mangels Mehrheit nicht zum großen Durchbruch im Deutschen Bundestag, wohl aber zu unerwarteten Teilerfolgen. So beschloß der Landtag Rheinland-Pfalz einmütig - mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und Grünen - den Nürnberger Forderungskatalog, und die konservative Landesregierung brachte ihn als Antrag im Bundesrat ein. Mehrere Gerichtsurteile bestätigten die 300 Meter-Mindestflughöhe als realistische Alternative zur derzeitigen Tiefflugpraxis.

XI.

Auf dem Bundesparteitag in Münster im vergangenen Jahr wurden mit großer Mehrheit weitergehende Forderungen beschlossen:

- Erarbeitung eines Verteidigungskonzeptes, das den Verzicht auf militärischen Tiefflug endgültig möglich macht,
- sofortige Einstellung der Tiefflüge über dem Gebiet der Bundesrepublik
- Aufforderung an die Alliierten, ihre militärischen Tiefflüge über dem Bundesgebiet ebenfalls einzustellen.

Einen gleichlautenden Antrag brachte die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag ein, den Walter Kolbow und ich in der Plenardebatte vom 14. Oktober 1988 begründeten.

XII.

Ein sozialdemokratischer Verteidigungsminister wird nach Amtsantritt folgende Sofortmaßnahmen ergreifen:

1. Drastische Erhöhung der Mindestflughöhe für die Bundesluftwaffe und Verhandlungen mit den Alliierten mit dem gleichen Ziel.
2. Damit ersatzlose Auflösung der sieben bundesdeutschen Tiefstfluggebiete.
3. Beauftragung des Führungsstabes der Luftwaffe zur Entwicklung eines Verteidigungskonzeptes ohne Tiefflug.

(-/27.4.1989/vo-he/rs)

* * *